

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

**Niels Annen, Mitglied des Deutschen Bundestags
und des SPD-Parteivorstands,**
gab heute, 06.03.15, dem Südwestrundfunk ein Interview
zum Thema **Libyen**.

Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Pascal Fournier.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK
Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio • Fernsehen • Internet

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch
Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 06.03.2015

SPD-Außenexperte Annen fordert EU-Hilfe für Libyen

Baden-Baden: Der SPD-Obmann im Außenausschuss des Bundestags, Niels Annen, fordert, dass sich die Europäische Union intensiver als bisher mit der Krise in Libyen befasst. Im Interview mit dem Südwestrundfunk (SWR) forderte Annen, Europa müsse die aktuellen Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Regierung der nationalen Einheit in dem nordafrikanischen Land politisch unterstützen. Der SPD-Politiker nannte im SWR-Tagesgespräch konkrete Bereiche, wo europäische Hilfe nötig sei: die Aufrechterhaltung der Energieversorgung, humanitäre Hilfe sowie finanzielle Unterstützung für die Beseitigung der Kriegs- und Bürgerkriegsschäden.

Annen wiederholte die jüngste Einschätzung des BND, wonach der Bürgerkrieg in Libyen den gesamten nordafrikanischen Raum destabilisieren könne. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an Libyens unmittelbare Nachbarschaft zu Europa. Der Westen und die NATO hätten zudem aufgrund der militärischen Intervention, die schließlich zum Sturz von Ex-Diktator Gaddafi geführt haben, eine "gewisse Mitverantwortung" für die derzeitige Lage des Landes. Nach Gaddafis Sturz allerdings habe man Libyen "weitgehend sich selbst überlassen – das ist ein großer Fehler gewesen, der sich jetzt rächt", so der SPD-Außenexperte. Und weiter: "Es wird höchste Zeit, dass sich die Weltgemeinschaft mit dieser Krise beschäftigt."

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Fournier: Libyen ist so richtig wieder ins Bewusstsein gerückt eigentlich erst Mitte Februar, als IS-Terroristen 21 koptische Christen ermordeten. Das Video tat seine Wirkung, das Entsetzen international war groß. Aber wie konnte denn das Land, in dem ein derartiges Chaos herrscht, zuvor so aus dem Blick geraten?

Annen: Ich bin erst einmal wirklich sehr froh, dass Sie nach Libyen fragen. Wir müssen uns mit der fundamentalen Krise in diesem Land stärker beschäftigen, nicht nur, weil es eine humanitäre Verpflichtung gibt, sondern auch weil es die Stabilität in der gesamten Region bedroht. Und man muss ja betonen, es handelt sich um eine Nachbarregion von Europa. Ich

glaube, dass ein wenig die Antwort darin liegt, dass wir uns beschäftigen müssen mit der Krise in der Beziehung zwischen der Europäischen Union und Russland, dem Krieg in der Ukraine, dem Terror des Islamischen Staates in Syrien und im Irak. Und dabei gerät dann manch anderer, auch wichtiger und dramatischer Konflikt ein wenig in den Hintergrund.

Fournier: Der BND hat gestern davor gewarnt, dass das Chaos in Libyen auf ganz Nordafrika ausstrahlen könnte, und schon jetzt ist das Land ja ein Rückzugsraum für gleich eine ganze Reihe von Terror-Gruppierungen. Für den IS beispielsweise ist Libyen bereits ein „Emirat“. Es wird also höchste Zeit, etwas zu unternehmen...

Annen: Ja, es wird höchste Zeit und man muss darauf hinweisen, dass die unglaublich große Anzahl von Waffen, vor allem auch Kleinwaffen, die es in Libyen gibt, bereits heute ihren Weg zum Teil in die Krisenregionen Syrien und Irak gefunden haben, aber eben auch dabei sind, die Nachbarländer zu destabilisieren. Und wir haben in Libyen die Situation, dass es keine festen staatlichen Strukturen gibt. Gaddafi hat dieses Land quasi in einer permanenten Ad-hoc-Koalition mit unterschiedlichen Stämmen und Gruppierungen, zum Teil auch Söldnergruppen regiert, aber er hat niemals einen funktionierenden Staat aufgebaut. Und deswegen, sehen wir jetzt, brechen die unterschiedlichen Teile weg. Unterschiedliche Teile des Landes stellen sich gegeneinander. Wir haben zwei Parlamente, wir haben zwei Regierungen, die sich gegenseitig bekämpfen und jetzt auch noch den Terror des sogenannten Islamischen Staates. Also, es wird höchste Zeit, dass sich die Weltgemeinschaft mit dieser Krise beschäftigt.

Fournier: Gaddafi ist inzwischen seit vier Jahren weg. Inwieweit trägt denn der Westen an der heutigen Situation eine Mitschuld? Ich meine, Gaddafi war sicher ein grausamer Diktator, aber die Menschen, die jetzt nicht einmal mehr Zugang zu Lebensmitteln oder zu Wasser haben, die werden ihm vermutlich nachtrauern.

Annen: Ich weiß nicht, ob sie ihm nachtrauern, aber man kann eine gewisse Mitverantwortung auch der NATO und des Westens ja gar nicht abstreiten. Es hat eine Resolution des Sicherheitsrates gegeben, aber diese Resolution ist aus meiner Sicht überinterpretiert worden. Es ging um den Schutz der Bevölkerung, die von Gaddafi und seinen Truppen ja explizit bedroht war, und man hat daraus sozusagen ein Mandat abgeleitet, um seine Regierung zu stürzen. Darum ging es aber nie. Und nachdem man dieses bewerkstelligt hatte, ja auch durch den Eingriff militärischer Mittel, mit Bombardierung usw., hat man im Grunde genommen das Land sich selbst überlassen. Das ist ein großer Fehler gewesen, ein Fehler, der sich jetzt rächt. Und umso mehr ist es notwendig, dass sich die internationale Gemeinschaft, aber gerade die Staaten, die sich damals an dieser Intervention beteiligt haben, jetzt auch darum bemühen, die Situation wieder in den Griff zu bekommen.

Fournier: Sie haben es vorher angesprochen, Libyen befindet sich quasi in unmittelbarer europäischer Nachbarschaft. Von dort kommen zum Beispiel auch zahlreiche Flüchtlinge über das Mittelmeer. Der Weg ist vergleichsweise kurz. Heute und morgen befassen sich jetzt die EU-Außenminister bei ihrem Treffen in Riga unter anderem eben auch mit der Lage in Libyen. Was kann die EU denn ganz konkret für das Land tun?

Annen: Wir müssen ganz konkret dafür sorgen, dass die Energieversorgung des Landes nicht zusammenbricht. Das klingt absurd, dass ein so öereiches Land im Moment einen akuten Mangel an Öl hat, weil es keine Raffinerien gibt. Das führt dazu, dass Lebensmittel nicht gekühlt werden können, dass Klimaanlageanlagen nicht funktionieren, dass im Grunde genommen die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit zum Erliegen kommt. Wir müssen dafür sorgen, dass die humanitäre Lage sich verbessert. Es gibt in vielen großen Städten de facto keine medizinische Versorgung mehr. Dort wo wir Zugang haben, müssen wir das bewerkstelligen. Und die Idee und der Grundansatz der Vereinten Nationen, über eine politische Initiative dafür zu sorgen, dass es eine Einheitsregierung gibt, aus den beiden von unterschiedlichen Parlamenten legitimierten Regierungen, dass sich die Verantwortlichen auf ein gemeinsames Programm verständigen. Das ist die zwingende Voraussetzung dafür, denn ohne ein Mindestmaß an Sicherheit ist es ja auch schwierig, diese Hilfe vor Ort dann zu verteilen. Die Lage ist ausgesprochen dramatisch. Und wir müssen politisch diese Initiativen unterstützen, wir müssen

die humanitäre Versorgung sicherstellen, und dann, glaube ich, gibt es auch für Libyen wieder eine Perspektive.

Fournier: Vor dem Hintergrund der aktuellen Zustände: Von welchem Zeitrahmen sprechen wir denn da ungefähr?

Annen: Wir können uns keine großen Fristen leisten, sondern es muss dringend und möglichst heute eine Verständigung geschaffen werden. Keiner kann wirklich absehen, wie lange es dauert, aber wenn der Prozess sich über Wochen oder Monate hinziehen würde, dann hätte es ganz konkrete Auswirkungen, würde möglicherweise dazu beitragen, dass sich Gruppierungen wie der sogenannte Islamische Staat dort weiter in einzelnen Teilen des Landes festsetzen und ihren Machtbereich ausdehnen. Insofern: Alle, denen die Zukunft Libyens am Herzen liegt, müssen jetzt bereit sein, auch Kompromisse einzugehen. Und die Europäische Union sollte sich bereit erklären, sich auch noch stärker humanitär zu engagieren und vor allem für den Fall, dass wir eine Regierung der nationalen Einheit erreichen können, auch weitere finanzielle Hilfen in Aussicht stellen.

- Ende Wortlaut -